



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 20.10.2023

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 2. November 2023, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. 23-S-00-0001
Einführung und Verpflichtung einer ehrenamtlichen Stadträtin
ANLAGE
2. Genehmigung der Niederschriften vom 13.07.2023 und 28.09.2023
3. Mitteilungen
4. 22-S-00-0001
Fragestunde

5. Israel-Resolution

6. 23-F-78-0011

Sicherheit in der Wiesbadener Innenstadt endlich gewährleisten
- Antrag der Fraktionen von CDU und BLW/ULW/BIG vom 18.10.2023 -

Die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern fühlen sich in der Innenstadt nicht sicher - sie haben große Sicherheitsbedenken. Die zuletzt durchgeführte Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“ macht deutlich, dass 32% der Wiesbadener unzufrieden mit der öffentlichen Sicherheit der Innenstadt sind. Mit dem Wegfall der Pandemie-Beschränkungen und dem gestiegenen Publikumsverkehr im öffentlichen Raum, sind auch die Werte im Bereich der Straßenkriminalität wieder auf das Niveau vor den beiden stark von der Pandemie geprägten Jahren gestiegen. Eine Entwicklung, die nach der Pandemie bundesweit zu verzeichnen ist.

Als Landeshauptstadt Wiesbaden wäre es daher gerade vor dem Hintergrund des anstehenden Sternschnuppenmarktes an der Zeit, die objektive Sicherheit in der Wiesbadener Innenstadt zu erhöhen, damit das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger steigt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie der Lieferverkehr und der (illegale) Verkehr in der Wiesbadener Fußgängerzone aktuell kontrolliert wird.
2. wie die Zufahrt der Polizei, Feuerwehr und Rettungswagen während des Sternschnuppenmarktes ermöglicht wird. Ist eine reibungslose Zufahrt aller Einsatzfahrzeuge durch die während des Sternschnuppenmarktes aufgestellten Beton-Poller möglich?
3. aus welchen Gründen die versenkbaren Poller auch sechs Jahre später noch nicht in der Innenstadt implementiert wurden.
4. zu berichten, ob durch die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Komplementärfinanzierung durch das Land Hessen in Bezug auf die Errichtung von Zufahrtssperren gegen Fahrzeugattacken im öffentlichen Raum angefragt wurde.
 - a. Falls ja, gab es durch das Land Hessen eine Zusage zur Komplementärfinanzierung?
 - b. Falls nein, warum wurde keine Komplementärfinanzierung beim Land Hessen angefragt?
5. wann, in welcher Form und an welchen Stellen die versenkbaren Poller in Wiesbaden gebaut werden sollen. Wann wird der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus 2017 final umgesetzt sein?
6. ob der Wiesbadener Polizei konkret ein Sicherheitsproblem in der Wiesbadener Innenstadt bekannt ist.
 - a. wie viele Delikte und Straftaten wurden während der letzten fünf Jahre auf dem Sternschnuppenmarkt erfasst?
 - b. um welche Delikte und Straftaten hat es sich während der Sternschnuppenmärkte gehandelt?
7. Kontakt mit der Wiesbadener Polizei und der Landespolizei aufzunehmen und zu berichten, ob die Ausweitung der Waffenverbotszone auf den Schloßplatz generell sinnvoll wäre, vor allem während des Sternschnuppenmarktes.

7. 23-F-63-0090

Nachhaltiges Wassermanagement in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.07.2023 -

ANLAGE

8. 23-F-63-0095

Verzicht auf einen Strafantrag bei der Erschleichung von Beförderungsleistungen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 19.09.2023 -

ANLAGE

9. 23-F-22-0031

Wiesbadener Gebührenbremse

- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 19.10.2023 -

Neben der allgemeinen Inflation und den hohen primären Wohnkosten in Wiesbaden belasten auch die Nebenkosten alle Wiesbadener Haushalte zunehmend. Dabei bleibt den Bürgern kaum eine Möglichkeit, ihre individuelle Belastung zu senken, da es sich bei den Angeboten um ein staatliches Monopol handelt und eine Entscheidung, z.B. über die Anzahl der bestellten Abfalltonnen häufig nicht in der Hand des einzelnen Haushalts liegt.

Hierbei müssen die Stadt und ihre Eigenbetriebe WLW und ELW als Leistungserbringer mit gutem Beispiel vorangehen. So liegen z.B. Trinkwasser-, Abwasser, Abfall- und Straßenreinigungsgebühren in städtischer Verantwortung. Aus gutem Grund sieht der Gesetzgeber vor, dass die Gebührenhaushalte ausgeglichen sein sollen, d.h. die Gebühreneinnahmen die jeweiligen Ausgaben decken. Der Spielraum der Stadt erstreckt sich daher v.a. in der Ausgestaltung der Angebote und dem Sparen im System. Ziel muss es sein, Gebührensteigerungen zu minimieren und im besten Falle sogar Gebührensenkungen umsetzen zu können.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Übersicht über die Entwicklung der Gebührensätze von ELW & WLW seit 2020 vorzulegen.
2. zu berichten, welche Ausgabenpositionen die maßgeblichen Treiber der Gebührenerhöhungen darstellen.
3. gemeinsam mit ELW und WLW ein Konzept zu erarbeiten, welches die Gebührenbelastung der Wiesbadener Haushalte minimiert und jedenfalls folgende Punkte enthält:
 - a. eine konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik, die auch bestehende, sich finanziell nicht tragende Angebote, auf den Prüfstand stellt.
 - b. eine Prüfung der Auslagerung von Aufgaben an Dritte.
 - c. die Ausweitung der bereits bei der WLW stattfindenden Beratung durch den Landesrechnungshof auf die ELW.

10. 23-F-16-0011

Kostenexplosion bei Bauprojekten in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 18.10.2023 -

Die Haushaltslage ist in Wiesbaden, wie in vielen Kommunen Deutschlands, derzeit angespannt. Trotzdem sollen in den nächsten Jahren mehrere große, sehr teure durchaus umstrittene Bauprojekte angegangen werden. Z.B. der Bau eines komplett neuen Stadtteils auf dem sogenannten Entwicklungsgebiet Ostfeld, der Umbau des Rathauses oder der Neubau Sportpark Rheinhöhe, u.a.

Schon jetzt sieht man beim Projekt Sportpark Rheinhöhe, wie die Kosten explodieren. Auch der Umbau des Rathauses soll deutlich teurer werden als ursprünglich angedacht. Das Ostfeld erzeugt schon im Vorfeld durch immer neue Untersuchungen, Gutachten und Prozesse Kosten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist der Sachstand bezüglich der Finanzen beim Projekt Ostfeld?
2. Wieviel Geld haben die Stadt Wiesbaden bis heute Gutachten, Untersuchungen und Prozesse im Zusammenhang mit dem Ostfeld gekostet?
3. Wieviel werden weitere, nun angedachte oder bereits in Auftrag gegebene Gutachten die Stadt Wiesbaden kosten.
4. Wie schätzt der Magistrat die bisherigen und die zukünftigen Kosten für das Projekt Ostfeld angesichts der angespannten Haushaltslage ein?
5. Gibt es eine Kostenschätzung zum gesamten Projekt Ostfeld, wenn ja wie hoch ist diese? Ist das Projekt Ostfeld für die Stadt Wiesbaden noch finanzierbar?
6. Wie wirkt sich die angespannte Haushaltslage auf andere Großprojekte in Wiesbaden aus z.B. den Sportpark Rheinhöhe oder die geplante Rathaussanierung?
7. Gibt es Überlegungen, wie die Kostenexplosion bei diesen Projekten gesenkt werden könnte? Wenn ja, welche?

11. 23-F-69-0063

Öffentlicher Umgang mit der Unterbringung von Geflüchteten
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.09.2023 für die Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2023 -

ANLAGE

12. 23-F-15-0021

Stopp der geplanten Gemeinschaftsunterkunft in der Lessingstraße 16-18
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 28.09.2023 für die Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2023 -

ANLAGE

Tagesordnung II

1. 23-F-15-0023

Stopp der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Lessingstraße 16-18
- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 04.10.2023 -

ANLAGE

2. 23-F-63-0100

Vorbereitung der Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags an ESWE-Verkehr
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.10.2023 -

ANLAGE

3. 23-V-02-0006

DL 23/23-1

Beitritt zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"

4. 23-V-04-0012

DL 23/23-2

Unterstützung und Aufbau der Wildtierstation Hünfelden e. V. als Anlaufstelle für die Vermittlung und Aufnahme hilfebedürftiger Wildtiere aus dem Wiesbadener Stadtgebiet

5. 23-V-05-0070

DL 23/23-3

Fahrplanwechsel am 10.12.2023

6. 23-V-11-2003

DL 23/23-4

Weiterführung des Jobticket-Angebots für die Mitarbeitenden der Stadt Wiesbaden und ihrer Eigenbetriebe

7. 23-V-20-0036

DL 23/23-5

Investitionscontrolling Baumaßnahmen 2023 zum Stichtag 1. August 2023

8. 23-V-31-0004

DL 23/23-7

Stadttaubenbericht

- 9. 23-V-51-0011** **DL 23/23-8**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Grundsatzvorlage zum Neubau einer Kindertagesstätte in der Wiesbadener Straße 37 in Mainz-Kastel durch die SEG
- 10. 23-V-51-0032** **DL 23/23-9**
Ausbau Kinderbetreuung 48/90; Verlängerung der Anmietung der Containeranlage Amöneburg zur Deckung der akuten Bedarfe
- 11. 23-V-51-0038** **DL 23/23-10**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Grundsatzvorlage Caritasverband Wiesbaden e. V. Tageseinrichtung für Kleinkinder im Roncallihaus
- 12. 23-V-51-0041** **DL 23/23-11**
"Bericht Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschul Kinder - Schuljahr 2022/23"
- 13. 23-V-64-0003** **DL 23/23-12**
Haushaltsanmeldung Budget für LED-Rollout 2024/2025
- 14. 23-V-66-0201** **DL 23/23-13**
Dyckerhoffstraße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Dyckerhoffstraße auswärts
- 15. 23-V-66-0204** **DL 23/23-14**
Berliner Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Am Hochfeld einwärts
- 16. 23-V-66-0206** **DL 23/23-15**
Daimlerstraße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Carl-von-Linde-Straße in Richtung Klarenthal/Kohlheck
- 17. 23-V-66-0222** **DL 23/23-16**
Energiesparprogramm Straßenbeleuchtung

18. **23-V-70-0007** **DL 23/23-19**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2023
19. **23-V-86-0004** **DL 25/23-2**
Jahresabschluss mattiaqua 2022
20. **23-V-86-0005** **DL 25/23-3**
Wahl des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss für den Eigenbetrieb mattiaqua ab 2023
21. **23-V-86-0006** **DL 27/23-2 NÖ, 25/23-4**
Wirtschaftsplan mattiaqua 2024-2025

Tagesordnung III

1. **23-V-30-0022** **DL 23/23-6**
Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöffin/eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI (Wiesbaden-Schierstein)
2. **23-V-61-0018** **DL 27/23-1 NÖ, 25/23-1**
Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Östlich der Leibnizstraße" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufstellungsbeschluss -
3. **23-V-70-0002** **DL 23/23-17**
Verhinderungsvertretung Betriebsleitung ELW; Änderung der Betriebssatzung
4. **23-V-70-0004** **DL 23/23-18**
Anpassung der Abfallgebühren für die Kalkulationsperiode 2024/2025, Änderung der Kreislaufwirtschaftssatzung

Tagesordnung IV

1. 23-F-15-0025

EGM: Beteiligung in Nöten
-Antrag Freie Wähler / Pro Auto vom 10.10.2023-

Die nicht öffentlichen Unterlagen stehen im ShareFile (Ordner DL nichtöffentlich) zur Verfügung.

2. 23-V-10-0011

Verleihung von Bürgermedaillen im Kurhaus Wiesbaden

Die nicht öffentlichen Unterlagen stehen im ShareFile (Ordner DL nichtöffentlich) zur Verfügung.

3. 23-V-20-0024

DL 25/23-1 NÖ

Bericht über die Konformität der Entsprechenserklärungen bei entsprechend betroffenen Gesellschaften (2022)

4. 23-V-20-0038

DL 25/23-2 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2023

5. 23-V-21-0007

DL 25/23-3 NÖ

Stärkung der Gewerbesteuereinnahmen

6. 23-V-23-0307

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Ankauf zweier Grundstücke in der Emser Straße 14 zur Errichtung einer Kindertagesstätte

Die nicht öffentlichen Unterlagen stehen im ShareFile (Ordner DL nichtöffentlich) zur Verfügung.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher